

LEITARTIKEL

# Kehrseite des Sparens

HUBERT KEMPER  
ÜBER ROTSTIFTPOLITIK  
UND SELBSTBEDIENUNG



hubert.kemper@freiepresse.de

Das Zahlenwerk ist goldgerändert. Ausgeglichenere Haushalte, Rückführung von Schulden, Rücklagen für Beamtenpensionen und Ex-Landesbank, passend dazu Bestnoten von den Rating-Agenturen: Sachsen macht vor, wie man mit Geld umgeht. Das verdient Anerkennung und gibt dem Bürger Sicherheit in Krisen-Zeiten.

Doch nicht alles ist Gold, was glänzt. Die Schattenseite der Sparpolitik rücken die Gewerkschaften derzeit in den Blickpunkt: Es sind geschlossene Jugendeinrichtungen, gekappte Hochschulstellen, ausgedünnte Bahn- und Busverbindungen, nun die Streichung des Weihnachtsgeldes für Beamte.

Ob der Protest von Staatsanwälten und Richtern angemessen ist, darüber lässt sich trefflich streiten. Spitzenbeamte verdienen gut. Sie können Verluste leichter verschmerzen als mäßig dotierte Polizisten und Gefängnisbedienstete. Deren Widerstand organisiert sich jetzt und verdient nicht, arrogant abgebügelt zu werden. Natürlich ist Arbeitsplatz-Sicherheit ein Privileg. Selbstverständlich zahlt die Privatwirtschaft oftmals noch schlechter. Doch derzeit brummt die Wirtschaft, die Steuerquellen sprudeln, der Arbeitgeber Freistaat könnte seine Mitarbeiter am Erfolg beteiligen.

Das sich die Landtagsabgeordneten längst genehmigt haben, was sie den Staatsdienern verweigern, verstärkt deren Unmut. Die Parlamentarier lassen sich wie Beamte alimentieren, doch den Verzicht beim Weihnachtsgeld wollen sie nicht mit ihnen teilen. Das passt zur Verweigerung, endlich beherzt ihr überbesetztes Haus von 132 auf 100 Mitglieder zu verkleinern. Schon 2006 hatten der heutige CDU-Fraktionschef Steffen Flath und der damalige PDS-Vormann Peter Porsch diese Korrektur für 2009 angekündigt. Jetzt blockieren vor allem die jungen Abgeordneten eine Verschlankung. Sie wollen die Anpassung bis 2019 hinauszögern. Dann hätten sie zehn Jahre gedient und derzeit 1500 Euro Pensionsanspruch. Wer zwischen 2004 und 2014 im Landtag war, erhält sogar 2000 Euro – auszahlbar ab dem 58. Lebensjahr.

Noch geht es Sachsen gut. Noch kann sich das Land ein Parlament leisten, dessen Größe in keinem Verhältnis zur geschrumpften Einwohnerzahl steht. Weniger leisten kann es sich, wenn Unbeweglichkeit und Unglaubwürdigkeit Frust und Verweigerung auslösen – bei Beamten durch Dienst nach Vorschrift und bei Bürgern durch Wahlenthaltung.

IMPRESSUM

**Herausgeber:** Medien Union GmbH Ludwigshafen  
**Verlag:** Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG, 09111 Chemnitz, Brückenstraße 15 oder 09002 Chemnitz, Postfach 261  
**Telefon:** 0371 6560  
**Telefax Redaktion:** 0371 656-17084  
**Telefax Anzeigen:** 0371 656-17077  
**Internet:** www.freiepresse.de  
**E-Mail:** die.tageszeitung@freiepresse.de

**Geschäftsführer:** Ulrich Lingnau  
**Chefredakteur:** Torsten Kleditzsch (v.i.s.d.p.)  
**Stellvertretende Chefredakteure:** Udo Lindner, Jana Klameth

**Anzeigenleiter:** Sven Manske (v.i.s.d.p.)  
**Leiter Leserkontakt:** Arne Stück

Der Abonnementpreis der Freien Presse beträgt monatlich 23,20 €, einschließlich 7% Mehrwertsteuer und ist im Voraus zu bezahlen. Der monatliche Postbezugspreis beträgt 30,30 € (Inland) bzw. 49,70 € (Ausland). Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.



Mal hören, wie der Neue tickt ...

KARIKATUR: TOMIEX

DAS THEMA: DIE AFFÄRE DES CHRISTIAN WULFF

## Warum Wulff bleibt

An Schützenhilfe für den ersten Mann im Staate mangelt es nicht. Selbst aus Pristina, der Hauptstadt des Kosovo, erhält Christian Wulff Unterstützung. Von dort aus hat Kanzlerin Angela Merkel (CDU) die Nation gestern wissen lassen, dass der Bundespräsident ihr „vollstes Vertrauen“ genieße. Sie schätze seine „hervorragende Arbeit“. Zu der Kreditaffäre sagt Merkel nur so viel: „Das, was im Raume steht, wird von ihm persönlich aufgeklärt.“

Das ist binnen einer Woche Merkels dritte Solidaritätsadresse zu Wulffs Gunsten – was zeigt, wie groß die Not ist. Als Horst Köhler vor anderthalb Jahren in Bedrängnis war, hatte sich die Kanzlerin noch vornehm zurückgehalten. Wenn nun der zweite von ihr gekürte Bundespräsident vorzeitig sein Amt räumen würde, wäre das ein Desaster für Merkel. Auch ihre persönliche Autorität, das Vertrauen in ihre Führungskraft würde beschädigt.

### Ein Rücktritt beschädigt die Institution.

Wulffs Scheitern wäre eine Katastrophe für die schwarz-gelbe Koalition. Die Schmach eines erzwungenen Rücktritts würde auf die Regierung abfärben. Das Bündnis würde bis ins Mark erschüttert. So erklärt sich auch, mit welcher Einmütigkeit führende Koalitionspolitiker sich vor, hinter und neben Wulff stellen, um diesen gegen Vorwürfe abzusichern. Kritik kommt bisher nur von Hinterbänklern der FDP.

Schon Wulffs Wahl zum höchsten Mann im Staat war ein schwieriger Akt für Schwarz-Gelb. Die drei Versuche, die dafür nötig waren, illustrierten den geringen Zusammenhalt in diesem Bündnis. Inzwischen haben sich die Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung

lunge, dem Gremium, das den Präsidenten wählt, weiter zuzulasten von FDP und Union verschoben. Das in Berlin regierende Lager verfügt Schätzungen zufolge nur noch über einen Vorsprung von zwei bis vier Stimmen – beim letzten Mal waren es 21. Eine Niederlage im Falle einer vorzeitigen Präsidentenwahl würde als Auftakt für den Machtwechsel im Bund gedeutet. Wulff muss durchhalten, um Schwarz-Gelb eine solche Debatte vorerst zu ersparen.

Doch es gibt auch staatspolitische Gründe, die gegen einen neuerlichen Wechsel im Schloss Bellevue sprechen. Ein solches Manöver würde nicht nur den Amtsinhaber, sondern auch die Institution selbst beschädigen: Das Bundespräsidialamt als durchlaufender Posten? Das ohnehin schwindende Vertrauen der Bürger in den politischen Betrieb und die Organe der Demokratie würde weiter unterhöhlt. Das mag auch ein Grund für die verhaltene Kritik der Opposition sein. Reglerrechte Rücktrittsforderungen wurden noch nicht formuliert. Sie könnten sich als riskant für denjenigen erweisen, der sie erhebt. Königsmörder waren schon in der Antike keine vertrauenswürdigen Gestalten.

Wulff selbst scheint sich juristisch auf sicherem Boden zu wägen. Die gestern veröffentlichten Vertragsunterlagen für den dubiosen Privatkredit scheinen seine Version der Affäre zu bestätigen. Anders als Köhler ist Wulff mit der Dramaturgie politischer Skandale vertraut. Das macht ihn weniger anfällig für Kurzschlussreaktionen. Er wird darauf hoffen, dass die mediale Erregung über die Weihnachtsfeiertage verbleibt. Zudem wird er alles daran setzen, nicht Opfer einer Kampagne zu werden, die in ähnlicher Konstellation schon seine Wahl verhindern sollte. Damals kürte der „Spiegel“ seinen Konkurrenten Joachim Gauck zum „besseren Präsidenten“, jetzt tituliert er Wulff als den „falschen Präsidenten“.

Der Bundespräsident gerät wegen seiner Kreditaffäre immer weiter unter Druck. Kann er im Amt bleiben? Armin Käfer beleuchtet das Für und Wider.



FOTO: ZICK/ACTIONPRESS

IM FOKUS

## Henkel unterstützt die Freien Wähler

Der ehemalige BDI-Chef verwirft seine Pläne für eine Partei-Neugründung



FOTO: STEFFI LOGS/DAPD

Eigentlich war die politische Heimat von Hans-Olaf Henkel die FDP. Auch wenn er nie Mitglied der Liberalen gewesen ist – politisch und finanziell hat der ehemalige Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) die FDP viele Jahre lang unterstützt. Damit ist es jetzt vorbei. Er finde sich in der FDP nicht mehr wieder, sagte Henkel gestern in Berlin. Seiner Meinung nach habe sich die FDP „selbst umgebracht“.

Doch da Henkel ein durch und durch politischer Mensch ist, hat er eine neue Partei – oder besser gesagt, eine Wählergemeinschaft – gefunden, für die er sich künftig einsetzen will: die Freien Wähler. Sie will er zu

einer bundespolitischen Größe machen. „Ich sehe ein Riesenzugpotenzial für diese Partei“, sagte er. Und setzt noch einen drauf: Die Freien Wähler könnten für alle enttäuschten FDP- und Unions-Mitglieder eine „neue liberale Heimat“ werden. Ein Mandat wolle er aber nicht übernehmen.

Von einer Parteineugründung distanzierte er sich indes. Zwar sei dies überfällig, jedoch halte er den bürokratischen Akt für zu aufwendig, sagte er. Die Freien Wähler seien bereits etabliert und würden die „gleichen liberalen Ideale“ vertreten wie er selbst, sagte Henkel. Die Partei will bei der Bundestagswahl 2013 antreten. (ali/dapd)

## Warum Wulff geht

Die Kreditaffäre von Bundespräsident Christian Wulff hat längst den Rang einer Staatsaffäre erlangt. Natürlich geht es bei der anrühigen Angelegenheit nicht nur um das spezielle Verhältnis des Christdemokraten Wulff zu seinen reichen Freunden. Es geht auch um die Frage, welches Vertrauen Wulff bei den Bürgern der von ihm repräsentierten Republik überhaupt noch genießt. Das dubiose Geldgeschäft hat Wulff in Misskredit gebracht. Der Präsident selbst musste einräumen, dass er dem niedersächsischen Landtag einen Teil der Wahrheit über seine zweifelhaften Kreditangelegenheiten verschwiegen hat. Das schadet seinem Ansehen und seiner Integrität. Was will Wulff den Menschen erzählen, wenn er demnächst seine Weihnachtsansprache im Fernsehen verliest? Wird er über die Verwerfungen der Schuldenkrise sprechen, über das zerstörte Vertrauen in die Kompetenz der Politik – oder über seine ganz persönliche Schuldenkrise, das zerstörte Vertrauen in seine Unabhängigkeit im höchsten Staatsamt?

Wulffs bisheriges Krisenmanagement vermittelte den Eindruck, er gebe nur immer das zu, was ohnehin unabweisbar ist. Nun hat er den Medien Einblick in seine Unterlagen gewährt – aber die Aussagen seines „väterlichen Freundes“ Egon Geerkens widersprechen dem, was dort nachzulesen ist. Geerkens hat sich inzwischen korrigiert, aber von ihm weiß die Nation ja auch aus eigenem Bekunden, dass er für Wulff alles tun würde, wenn der auf seine Hilfe angewiesen wäre. Und dann musste der Präsident auch noch offenbaren, dass Geerkens nicht der einzige Geschäftsmann ist, dessen Gunst das Ehepaar Wulff bereits genossen hat. Die Liste der gemeinsam mit Unternehmerfreunden verbrachten Urlaube wirft neue, brisante Fragen auf, die auf die mangelnde Distanz zu den Reichen und Mächtigen der Wirtschaft zielen.

Der öffentliche Druck, der auf dem Präsidenten lastet, ist immens. Keinen Schritt kann er tun, keinen Termin absolvieren, ohne zu seiner Affäre befragt zu werden. Wulff wird in diesen Tagen förmlich belagert, selbst bei vermeintlich unspektakulären Anlässen. Am Sonntag musste er sich bei einem Gedenkgottesdienst in der Berliner Gedächtniskirche den Weg durch Kohorten von Kameraleuten bahnen. Solche Bilder schaden nicht nur dem Ansehen der beteiligten Journalisten, sie schaden auch dem Ansehen des Staatsoberhauptes. Wie lange lässt sich das noch aushalten? Wie stabil ist Wulffs Nervenkostüm – und das seiner Frau Bettina?

### Ein angeschlagener Präsident fällt als Moral-Instanz aus.

Der umstrittene Privatkredit des Bundespräsidenten ist eine schwere Hypothek für die Koalition, die Christian Wulff in dieses Amt gehievt hat. Wenn der Eindruck aufkommt, er könne sich dort nur noch halten, weil Merkel & Co ihn stützen, wäre das verheerend, sowohl für Wulff als auch für das Regierungslager. Wie unbefangenen könnte ein Präsident von Merkels Gnaden über heikle Gesetze urteilen, die er zu unterzeichnen hat? Ein angeschlagener Präsident würde auch als moralische Instanz ausfallen, die in Zeiten wachsender Politikverdrossenheit und angesichts der ausufernden Unsicherheit, welche aus der Krisenerfahrung der vergangenen Jahre resultiert, jedoch dringend benötigt würde. Wenn Wulffs Worte bei den Bürgern kein Gehör mehr finden, weil sie ihm misstrauen, dann würde der oberste Repräsentant des Staates für die Koalition, die ihn trägt, zu einem politischen Risiko.

Die Akten zum Wulff-Darlehen

**Der Bundespräsident** sitzt angeschlagen im Schloß Bellevue. Eine Affäre aus seiner Zeit als Ministerpräsident hat ihn eingeholt. Nun muss juristische Beistand her – sagte sich Johannes Rau vor knapp zwölf Jahren und beauftragte den Rechtsanwalt Gernot Lehr mit der Wahrnehmung seiner Interessen. Auf denselben Juristen baut nun auch Bundespräsident Christian Wulff in seiner Kreditaffäre. Wulff will ebenso um sein Amt als höchster Mann im Staat kämpfen wie einst Rau, der Anfang 2000 die

Flugaffäre der WestLB überstand. Die dafür wichtigen Papiere legte Wulff gestern offen.

**Der Kaufvertrag** für das Haus des Ehepaars Wulff vom 1. Oktober 2008. Kaufpreis: 415.000 Euro. Fällig wurde die Summe am 01. Dezember desselben Jahres.

**Der Darlehensvertrag** zwischen Edith Geerkens sowie Bettina und Christian Wulff als Darlehensnehmer vom 25. Oktober 2008. Das Doku-

ment wurde von allen drei Personen unterschrieben. Wörtlich heißt es: „Frau Edith Geerkens gewährt Herrn und Frau Wulff ein Darlehen in Höhe von 500.000 Euro.“ Die Auszahlung wurde für Ende November 2008 vereinbart.

**Für die Laufzeit** von fünf Jahren wurde eine Verzinsung von vier Prozent jährlich vereinbart, was eine monatliche Zinszahlung von 1666 Euro ergibt. Ein ursprünglich im Vertrag stehender Zinssatz von 4,5 Prozent ist

durchgestrichen, der neue Satz von 4,0 handschriftlich ergänzt worden.

**In einem Schreiben** an Edith Geerkens bestätigt die Sparkasse Osnabrück „wunschgemäß“, dass sie der Unternehmer-Ehefrau am 18. November 2008 einen Bundesbankscheck über 500.000 Euro ausgestellt hat.

**Die Sparkassen** Osnabrück und Hannover bestätigten in der vergangenen Woche die Zinszahlungen Wulffs per Dauerauftrag über 1666 Euro monat-

lich an Edith Geerkens von Ende 2008 bis Ende 2009.

**Eine in Burgwedel** ausgestellte Überweisung vom 27. März 2010 mit der Unterschrift Wulffs dokumentiert die 500.000-Euro-Rückzahlung an Edith Geerkens. Daneben bittet Wulff schriftlich den Mitarbeiter der BW-Bank, die Konto-Nummer von Frau Geerkens nachzutragen und die Überweisungen zum 1. April 2010 zu tätigen. Wulff hatte bei der Bank einen neuen Kredit aufgenommen. (dapd)